

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 6. Mai 2024
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 183 Anfrage Zbinden Samuel und Mit. über die Auswirkungen des Urteils des EGMR und den Schutz der älteren Bevölkerung vor den Auswirkungen der Klimaerhitzung / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Anfrage A 183 wurde auf die Mai-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Samuel Zbinden hält an der Dringlichkeit fest.

Samuel Zbinden: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat vor einem Monat eine Klage der Klimaseniorinnen Schweiz gutgeheissen. In seinem Urteil ist der EGMR zum Schluss gelangt, dass die Schweiz die Artikel 6 und 8 der Menschenrechtskonvention verletzt: Durch ihre unzureichende Klimapolitik gefährde die Schweiz die Gesundheit und Lebensqualität der klagenden Seniorinnen. Unsere bisherigen Anstrengungen für den Klimaschutz in der Schweiz sind gemäss EGMR nicht ausreichend. Dadurch verstösst die Schweiz gegen Menschenrechte. Die Grüne Fraktion möchte von der Regierung wissen, was dieses Urteil für den Kanton Luzern und seine Klimapolitik bedeutet. Unternimmt der Kanton genug, oder wo gilt es anzusetzen? Wenn die Hüterin der Menschenrechte in Europa zum Schluss kommt, dass unsere Klimapolitik nicht menschenrechtskonform ist, hat das aus unserer Sicht ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht. Das Anliegen erträgt keinen Aufschub, denn das Urteil verweist genau auf die zeitliche Komponente, und ein unverzügliches Handeln ist gefragt, wenn unsere Klimaziele eingehalten werden sollen. Das Anliegen des Klimaschutzes fällt definitiv in die Zuständigkeit des Kantons Luzern. Das Anliegen tangiert kein laufendes Verfahren und kann bei keinem ordentlich traktandierten Geschäft eingebracht werden. Aus Sicht der Grünen Fraktion sind alle Dringlichkeitskriterien erfüllt. Ich bitte Sie, der dringlichen Behandlung zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Ihr Rat hat den Planungsbericht über die Klima- und Energiepolitik zustimmend zur Kenntnis genommen. Das Urteil des EGMR ist zwar wichtig, die Anfrage kann aber durchaus in einer nächsten Session behandelt werden. Nach Einschätzung der Regierung sind die Dringlichkeitskriterien nicht erfüllt. Ich bitte Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 86 zu 28 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.